

Bereich Controlling Betrieb 3
Az: TBG/C
Datum: 04.10.2005

2005/296
öffentlich

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Umweltausschuss	18.10.2005	

Betreff

**Antrag der Ratsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 13.09.2005
hier: Antrag zur Aufstellung eines Programms zur Nutzung von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden**

Beschlussvorschlag

Siehe beiliegenden Antrag.



An den
Vorsitzenden des Umweltausschusses
Herrn Udo Weber
Controlling Betrieb 3
z.Hd. Frau Roswitha Nickel
Europaplatz 1
44575 Castrop-Rauxel

SPD-Ratsfraktion
Castrop-Rauxel

Europaplatz 1
44575 Castrop-Rauxel
Fon 02305 / 33 013
Fax 02305 / 12 692

Castrop-Rauxel, 13. September 2005

Antrag zur Aufstellung eines Programms zur Nutzung von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden

Sehr geehrter Herr Weber,

wir bitten Sie, nachfolgenden Antrag in der Sitzung des Umweltausschusses am 18.10.2005 zu behandeln:

Die Verwaltung wird in Zusammenarbeit mit dem EUV beauftragt, ein Programm zur Nutzung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden aufzulegen.

Hierbei sollen folgende Punkte berücksichtigt werden:

- 1. Der Betrieb und die Wartung der Anlage erfolgt über den Stadtbetrieb EUV.**
- 2. Die Investitionskosten sollen aus dem Energiefond getätigt werden.**

Der Umweltausschuss und der Verwaltungsrat des EUV sind über die Auflage des Programmes zu informieren und entscheiden über das weitere Vorgehen.

Begründung:

Eine zukunftsichere und umweltverträgliche Energieversorgung ist nur durch den konsequenten Einsatz regenerativer Energien möglich. Ihr Einsatz auf lokaler Ebene ist ein wichtiger Schritt zur Reduzierung von Kohlendioxid und zur Realisierung des kommunalen Klimaschutzkonzeptes.

Da der weitere Ausbau erneuerbarer Energien in den Bereichen Wasser und Wind in Castrop-Rauxel im Augenblick nicht mehr möglich ist, soll nun die Nutzung der Solarenergie vorangetrieben werden.

Hierbei bieten sich für Investitionen aus dem Energiefond hervorragende Bedingungen: Die städtischen Gebäude z.B. das Rathaus bieten ideale Dachflächen zur Installation einer Photovoltaikanlage. Die gesetzliche Einspeisevergütung würde auf 20 Jahre gerechnet eine entsprechende Rendite erwirtschaften. Dieses Geld könnte dann jährlich, da die Anlagen vom EUV betrieben würden, durch den Verwaltungsrat des EUV für energiepolitische Programme und Förderungen genutzt werden.

Neben den ökologischen und finanziellen Aspekten ist allerdings auch der Imagegewinn für die Stadt ein wichtiger Gesichtspunkt. Als Mitglied im Klimabündnis europäischer Städte würde Castrop-Rauxel mit diesem Programm als gutes Beispiel voran gehen. Ziel soll ebenfalls sein, private Initiativen zum Ausbau der Solarenergie anzuregen.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Burkhard Kapteinat

Gez. Georg Wegner